

AfD: Friedman, Sarrazin und weitere Übertritte



Viel Stress für den Chef der Alternative für Deutschland (AfD), Bernd Lucke (Foto, links im Bild). Bei Michel Friedman kommt er kaum zu Wort und wird stattdessen mit Unwahrheiten von Friedman und primitiven Propagandafloskeln vom europapolitischen Sprecher der SPD, Michael Roth, bombardiert (siehe Video am Ende dieses Beitrags). Zugleich kommt es zumindest in Foren zu einer Diskussion um den homo-nahen Berliner Landesverband. Aber es gibt auch gute Nachrichten.

(Von Étienne Noir)

Weil die Partei sich unschlüssig ist, wie mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zur Förderung der Homosexualität (Gleichstellung mit der traditionellen Ehe) zu verfahren sei und es hierzu keinen Parteitagsbeschluss gibt, fährt der Berliner Landesverband einfach auf eigene Faust los. Immerhin: Die Berliner sammelten stattliche 600(!) Unterstützungsunterschriften auf dem „schwul-lesbischen Motzstraßenfest“ in Berlin. Wie die Junge Freiheit berichtet, hat sich der Bundesverband in einer Meldung auf Facebook vom Berliner Vorstoß distanziert. „Die Ehe ist aber eine Marke unseres Wertekanons, den wir schützen müssen“, heißt es in der Meldung der jungen Partei, die ihr Programm derzeit noch erarbeitet. Kritiker verkennen dies (un)bewusst und fordern jetzt schon auf jede Frage eine vollumfängliche Antwort mit

individuell passendem Lösungsvorschlag. Das ist unrealistisch.

Zu den besseren Nachrichten gehört klar, dass die Alternativen in den sozialen Netzwerken deutlich punkten können. Wie eine Untersuchung von „Fanpage Karma“ ergab, die das Nutzerverhalten auf der sozialen Plattform analysiert, besitzt die Partei sowohl die höchsten Zuwachsraten, als auch die höchste Aktivität unter den Mitgliedern. Die AfD könne auf Facebook schon bald die SPD, sie liegt von den Blockparteien noch vor der oppositionellen Gruppierung, eingeholt haben. Lediglich die Piratenpartei pflegt eine größere Anhängerschaft. Die AfD habe jede Woche durchschnittlich 11,15 Prozent gewonnen. „Diese Wachstumsraten und das Engagement der Fans sind außergewöhnlich“, sagt Betreiber Stephan Eyl. „Solche Prozentwerke verzeichneten etwa Politiker wie Barack Obama oder die Tea-Party-Bewegung im amerikanischen Wahlkampf.“

Die angekündigten Proteste und Störungen von Linksfaschisten gegen eine Diskussionsveranstaltung in Berlin mit Thilo Sarrazin (Buchtipps „Europa braucht den Euro nicht“) blieben aus. Und das, obwohl die Diskussionsrunde hochkarätig besetzt war. Neben dem zurückhaltenden Moderator Sarrazin (Foto, rechts im Bild) nahmen unter anderem Alternativen-Chef Bernd Lucke und der ehemalige EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark, Holger Schmieding (Chefvolkswirt bei der Berenberg Bank) und Wirtschaftswissenschaftler Philipp Bagus teil. Die Republikaner (letzte Bundestagswahl ernüchternde 0,4%) nutzen die Veranstaltung um auch mal wieder eine Pressemitteilung veröffentlichen zu können. In dieser übten sie leider nur viel Kritik ohne aber eigene Ansätze zu präsentieren.

Kommunalen Zugang erhielt die neue Partei in Bamberg. Dort trat der Pressesprecher der Stadt Bamberg, Dr. Franz Eibl, in die Partei ein und kandidiert als deren Bundestagskandidat für den Wahlkreis Bamberg., wie ShortNews berichtet. Die Alternative für Deutschland sei für Eibl keine „Piratenpartei reloaded“. Vielmehr müsse das Wort „Volksvertreter“ wieder

ernst genommen werden. Zu den Risiken der Eurokrise sagt Eibl: „Wenn die meisten Leute das merken, wird es schon viel zu spät sein.“

Der Bürgermeister von Schnega (Niedersachsen) ist nach 40 Jahren in der CDU nun in die AfD gewechselt. Wilhelm von Gottberg ist 73 Jahre alt und gelernter Landwirt und Tischler. Neben der Alternative engagiert er sich auch noch im Stiftungsrat des Ostpreußischen Landesmuseums und ist im Bundesvorstand der Ostpreußengruppe. Deshalb hatte er auch schon Ärger mit Linksfaschisten. „Wenn es mir ernst ist, dann muss ich an die Zukunft für meine sechs Kinder und zwölf Enkelkinder denken“, zitiert ihn AZ-Online über seine Aktivität in der AfD.

In einem sehr lesenswerten Artikel berichtet das Handelsblatt wie ein einfaches AfD-Mitglied bei einer Podiumsveranstaltung die selbsternannte und selbstgefällige Politiker der Europarteien „in die Zange nahm“. Die Zwischenüberschrift in dem fünfseitigen und sehr aufschlussreichen Artikel lautet dann auch treffend „AfD-Mitglied bringt Euro-Experten in Verlegenheit“. Das Handelsblatt schreibt:

„Unter den Zuhörern meldete sich ein AfD-Mitglied zu Wort. Ein Brite mit deutschem Pass nahm die Diskutanten in die Zange und konfrontierte sie mit den offenkundigen Fehlern ihrer bisherigen Krisenpolitik. Und keiner auf dem Podium konnte angemessen reagieren. Selbst als der AfDler dem CDU-Mann Flosbach vorwarf, selbst beim Bruch von Verträgen beteiligt gewesen zu sein, als im Fall Griechenland die Bundesregierung mit den EU-Partnern das Bailout-Verbot ausgehebelt habe, kam nur ein wachsweches Dementi.“

Katja Kipping geht derweil auf Distanz zu Oskar Lafontaine. Dieser hatte der AfD einen richtigen Kurs bescheinigt. Kipping ist für die ruinöse Europolitik, weil Alternativen „unmarxistisch“ seien. Laut Neues aus Braunschweig sagte

Kipping: „Der Binnenmarkt ist inzwischen zutiefst europäisch. Es wäre unmarxistisch und auch volkswirtschaftlich nicht vernünftig, mit einer Rückkehr zum Nationalstaat auf die Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft zu reagieren.“

Heftige Kritik musste Kipping wegen verleumderischer Behauptungen einstecken. „Mit Lügen sollte man keinen Wahlkampf führen“, reagiert Frauke Petry, Sprecherin der AfD, zu Behauptungen der Vorsitzenden der Linkspartei, Katja Kipping. Diese hatte in einem Interview allen ernstes davon gesprochen, dass die AfD sich für Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen stark mache. „Nichts davon ist wahr“, sagt Petry. Weder aus dem Wahlprogramm noch aus Äußerungen führender Repräsentanten der Partei gäbe es einen Beleg dafür, so das Bundespresseportal. Im Gegenteil, die AfD habe immer betont, dass die Sozialkürzungs- und Sparpolitik zur Rettung des Euro weder den Menschen in Griechenland noch in Spanien zuzumuten sei. Und viele Mitglieder und Wähler der Linkspartei müssen das inzwischen ähnlich sehen, wenn Sarah Wagenknecht davon spricht: „Da gibt es viele Überschneidungen.“ Die AfD habe kein Problem damit, Oskar Lafontaine dafür zu loben, dass er die Wiedereinführung nationaler Währungen in Erwägung zieht. Schließlich hänge der gemeinsame europäische Markt nicht am Euro und sei längst vor dessen politisch erzwungener Einführung voll funktionsfähig gewesen, betont Petry.

Die Zeitung Deutschland Today bezeichnet die AfD als „konservative Protestpartei“, welche die „demokratischen Rechte“ verteidigen wolle und sich für ein besseres Steuersystem nach Paul Kirchhof und eine Stärkung der Familie einsetze.

Beim Krisentalk untersucht man die einzelnen Programme der Parteien. Die Alternative für Deutschland ist auch vertreten. Wie der FOCUS berichtet, will die AfD in Rheinland-Pfalz zehn Prozent holen. Wie ShortNews informiert, peilt dieses Ergebnis auch der Hamburger Landesverband an. An Optimismus fehlt es

offenbar also nicht.

Heftige Kritik musste SPD-Pannenkandidat Peer Steinbrück einstecken. Der SPD-Politiker, der gerne mit der internationalen Finanzlobby abhängt, hatte zuvor mehr deutsche Steuergelder für die Rettung des maroden Euros gefordert.

„Die Nonchalance mit der die Altparteien dem Bundesverfassungsgericht und der deutschen Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen und die Risiken ihrer Politik verschleiern, ist ein Skandal“, sagt Lucke. „Heute wird den Wählern versprochen, mit ihren Geldern werden Infrastrukturdefizite ausgeglichen und der Bildungsstandard erhöht, morgen fließen sie in die Bilanzen von Banken und internationalen Investoren.“

Doch auch der potentielle Koalitionspartner der SPD, die Päderastenpartei die Grünen, bekamen von Lucke Kritik mit Blick auf Zypern und den immer neuen Geldforderungen sowie des kostspieligen Lösungsvorschlages von Joschka Fischer zu hören. Prof. Bernd Lucke erklärte: „Nur ein klarer Schuldenschnitt, sowie die Einführung einer Parallelwährung auf Zypern können uns vor immer neuen Forderungen bewahren. Eine abgewertete Parallelwährung würde das Mittelmeerland wieder konkurrenzfähig machen und sowohl ausländisches, wie expatriiertes zyprisches Kapital für Investitionen anziehen. Nachdem man die zyprischen Banken als systemrelevant erklärt hat, sind wir jetzt immer neuen Erpressungen und Betteltouren ausgesetzt. Fischers Lösung für alle Probleme sind deutsche Steuermillionen. Wer Grün wählt, muss sich nicht nur auf höhere Steuern, sondern auch auf immer neue Hilfen für die Euro-geschädigten Südländer einstellen.“

Die Alternative für Deutschland bekommt Nachwuchs. Wie die Junge Freiheit in der aktuellen Druckausgabe und das Nachrichtenmagazin ZUERST! auf der Netzpräsenz berichten, wurde in Darmstadt ein Jugendverband gegründet. Bei der Gründung für die „Junge Alternative für Deutschland“ (JA)

waren rund 60 Personen anwesend. Davon 54 Stimmberechtigte. Gesittet wurde eine Satzung beschlossen und ein Vorstand für den Bundesverband gewählt. Die Gründung von Landesverbänden soll in absehbarer Zeit folgen. In NRW ist man, nach Aussagen von Mitgliedern, bereits sehr aktiv am Aufbau. Auch Baden-Württemberg soll in Kürze folgen. Die jungen Leute wollen sich bewusst nicht links positionieren. Da sind ja schließlich auch schon genug. Eine Diskussion gab es um einen Antrag, der neben Mitgliedern auch „Unterstützer extremistischer Organisationen“ ausgeschlossen sehen wollte. Bei einer solchen Regelung müsse man die Mitglieder „Stasi-ähnlich durchleuchten“, kritisierte ein Teilnehmer, der sich gegen eine „DDR 2.0“ verwahrte, den Vorstoß. Mit Erfolg: Der Antrag wurde am Ende abgelehnt. Linksfaschisten versuchten die Veranstaltung zu behindern, indem sie die Facebook-Seite des Jugendverbandes kaperten – erfolglos. Vor Ort blieb es friedlich. Eine neue Präsenz auf Facebook existiert bereits wieder.

Hier die Videos: